

Teilnehmer:

- Marc Tüngler, DSW-Hauptgeschäftsführer
- Professor Dr. Roland Klose, FOM Hochschule

Es gilt das gesprochene Wort

Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz)

Meine Damen und Herren,

auch ich darf Sie herzlich zu unserer Pressekonferenz hier in Frankfurt begrüßen.

Thema ist der Aktionärskompass, den wir zum zweiten Mal gemeinsam mit der FOM Hochschule erarbeitet haben. Die detaillierten Ergebnisse der Studie wird Ihnen im Anschluss Professor Roland Klose, auch Mitglied des DSW-Präsidiums, vorstellen, den ich hiermit ebenfalls ganz herzlich begrüße.

Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, wie wertpapieraffine Privatanleger ihre Entscheidungen treffen, welche Informationsquellen sie nutzen und ob Bankberater dabei eine Rolle spielen oder nicht – um nur einige der untersuchten Fragen zu nennen.

Ich sage bewusst „wertpapieraffin“. Wir haben nicht den typischen Privatanleger unter die Lupe genommen, sondern Anleger, die entweder bereits Geld in Aktien und / oder Fonds investiert haben, oder sich zumindest dafür interessieren. Leider ist das in Deutschland – trotz der Tatsache, dass im verzinslichen Bereich das Kapital zurzeit real vernichtet wird – nach wie vor eine Minderheit. Eine Minderheit, die offenbar für die Politik so uninteressant ist, dass sie im Wahlkampf nicht umworben wird – eher im Gegenteil: So wird auf breiter politische Front beispielsweise über – teilweise enorme – Erhöhungen der Abgeltungssteuer nachgedacht.

Dass es auch in dieser Anlegergruppe – trotz der vorhandenen Erfahrung – durchaus in etlichen Bereichen Klärungs- und Unterstützungsbedarf gibt, hat nicht nur die Studie gezeigt. Das zeigen auch die

rund 35.000 Anfragen, die jährlich bei der DSW eintreffen. Anleger haben heute mehr Fragen denn je. Auch wenn es heute wieder ein wenig mehr Spaß macht, in sein Depot zu schauen, ist der Kosmos für Anleger deutlich komplizierter geworden. Heute dominieren klar makroökonomische Aspekte die Börsen. Die Fragezeichen der Anleger sind deutlich größer geworden, aber Antworten erhalten Anleger immer seltener.

Meine Damen und Herren,

trotz der Niedrigzinsphase ist das Sparbuch immer noch das beliebteste Anlagemedium der Deutschen. Immerhin 55 Prozent geben das Sparbuch (inklusive Spareinlagen, Banksparpläne) als bevorzugte Geldanlage an. Auf den hinteren Plätzen folgen ebenfalls nicht gerade als Renditebringer verschriene Anlageformen. 42 Prozent der Bundesbürger legen ihr Geld gern auf dem Girokonto an, 37 Prozent nutzen den Bausparvertrag, knapp gefolgt (36 Prozent) von Renten- und Kapitallebensversicherungen. Für Aktienfonds können sich 21 Prozent erwärmen, für eine Direktanlage in Aktien rund 15 Prozent.

Doch offenbar lassen nicht einmal alle, die einer Anlage in Wertpapieren grundsätzlich positiv gegenüberstehen, dem auch Taten folgen. Laut Deutschem Aktieninstitut sind aktuell insgesamt rund 8,8 Millionen Anleger direkt oder indirekt über Fonds in Aktien investiert. Das entspricht 13,6 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Im Jahr 2001, zur Hochzeit des Neuen Marktes, zählte Deutschland fast 13 Millionen Aktionäre, die Aktionärsquote lag damals bei 20 Prozent. Leider hatte ein Teil, insbesondere der Neuanleger, sein Geld nicht in dividendenstarke und im Markt etablierte Unternehmen investiert, sondern sich von der allgemeinen Euphorie mitreißen lassen und Aktien von mehr oder weniger windigen Gesellschaften mit unsicheren Geschäftsmodellen gekauft. Von den massiven Verlusten, die etliche Anleger hinnehmen mussten, hat sich die deutsche Aktienkultur bis heute noch nicht ganz erholt. Andere europäische Staaten bleiben uns da haushoch überlegen. So liegt die Quote der Privataktionäre in Schweden bei 38 Prozent, in

Großbritannien besitzen 31 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Aktien, in der Schweiz liegt die Quote immerhin noch bei 24 Prozent.

Die deutsche Vorliebe für vermeintlich sichere Anlageformen spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Geldvermögens privater Haushalte wieder. Von den insgesamt 4,99 Billionen Euro, die deutsche Haushalte auf der hohen Kante haben, werden gut 2 Billionen Euro entweder als Bargeld vorgehalten oder liegen auf niedrigverzinsten Sparbüchern. Allein dadurch werden selbst bei der aktuell moderaten, realen Preissteigerungsrate von rund 2,0 Prozent jährlich etwa 30 Milliarden Euro an Wert vernichtet. Das vor allem zum Vorteil der Schuldner, also Banken, Sparkassen und nicht zuletzt zum Vorteil des deutschen Staates.

In Höhe von 1,49 Billionen Euro existieren Ansprüche gegen Versicherungen, sprich Lebens- oder Rentenversicherungen. Das in Aktien respektive Aktienfonds investierte Kapital summiert sich zusammen auf etwa 710 Milliarden Euro.

Das Tragische ist, dass die Politik, trotz aller Sonntagsreden zum Thema „drohende Altersarmut“, mit ihren Entscheidungen mit dafür sorgt, dass das Geld auch in Zukunft zum Großteil in Anlageformen landen wird, deren Rendite nicht einmal ausreicht, das Kapital real zu erhalten. Provisionsgetriebene Produkte, die in erster Linie zum Wohl der Portemonnaies der Vermittler und Produktanbieter verkauft werden, dürften weiter ihren Weg in die Depots der Anleger finden.

War früher eines der großen Hemmnisse, wenn es um die Beratung zu einer Direktanlage in Aktien ging, schlicht die im Vergleich zu alternativen Anlageformen eher geringe Provisionierung für die jeweilige Bank, ist sie heute leider sogar gesetzlich verboten. Zumindest dann, wenn kein entsprechendes Produktinformationsblatt, kurz PIB genannt, vorliegt.

Was bedeutet das? Ein Bankberater darf seinem Kunden beispielsweise den Kauf der Aktie des

Chemiekonzerns BASF nur dann empfehlen, wenn ihm seitens der Bank ein BASF-spezifisches PIB zur Verfügung gestellt wurde. Ist das nicht der Fall, gibt es auch keine Beratung. Denn der Berater würde seine wertpapiergesetzlichen Pflichten verletzen, wenn er nur eine Aktie in seine Beratung einbindet. (§ 31 Abs. 3 WpHG)

Dabei wäre gerade in einer Phase wie der heutigen, die von einem eher ungewöhnlichen Mix aus Kurssteigerungen und Verunsicherung geprägt ist, eine gute Beratung auch in Aktien von entscheidender Bedeutung.

Hier haben Frau Aigner und Herr Schäuble gemeinsam versagt. Sie haben die Tragweite ihrer Entscheidungen offenbar falsch eingeschätzt. Oder sie wollten – aus welchen Gründen auch immer – bewusst verhindern, dass Privatanleger ihr Geld direkt in Aktien investieren. Die DSW hat auf den vorgenannten Aspekt wiederholt im Gesetzgebungsverfahren hingewiesen.

Daher appellieren wir an die Politik, sich nicht darauf zu versteifen, Privatanlegern aufgrund einer falsch verstandenen staatlichen Fürsorgepflicht, den Weg zu bestimmten Anlageformen zu erschweren oder sogar ganz zu versperren. Stattdessen sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Bürger wirklich einen für sie möglichst optimalen Mix aus Anlageprodukten erhalten können. Und da gäbe es mehr als genug zu tun. Die Spanne reicht von der seitens der DSW schon lange geforderten Schaffung eines Schulfachs „Finanzen + Wirtschaft“ bis zur längst überfälligen Beweislastumkehr bei fehlerhafter Anlageberatung. Doch das sind zugegebenermaßen dicke Bretter, die wir heute und hier nicht weiter bohren wollen.

Meine Damen und Herren,

nun aber wieder zurück zu den Anlegern, die ihr Geld bereits in Aktien oder Aktienfonds investieren. Die Ergebnisse der Studie zeigen hier, dass der Trend zum „do it yourself“ nach wie vor intakt ist. Immerhin rund 90 Prozent der Befragten treffen ihre

Anlageentscheidung in aller Regel selbst. Auf den zusätzlichen Rat eines Bankberaters legen lediglich 22,8 Prozent wert.

Als Informationsquelle rückt das Internet den Zeitschriften und Zeitungen immer näher auf die Pelle. Nutzen laut der letztjährigen Erhebung 69 Prozent das Netz, gaben diesmal bereits 78 Prozent an, sich Informationen auch online zu besorgen. 81 Prozent greifen aber nach wie vor auch zur Zeitschrift/Zeitung als Informationsmedium.

Laut Onvista, einem der meistbesuchten Finanzportale Deutschlands, ist übrigens nach wie vor die Aktie mit weitem Abstand die Anlageform, für die sich Nutzer von Online-Portalen am meisten interessieren. Im 1. Halbjahr 2013 ging es bei knapp 61 Prozent der Abfragen auf Onvista um Aktien. 15,9 Prozent hatten gemanagte Fonds zum Inhalt. Immerhin 9,6 Prozent der Abfrager wollten sich über Zertifikate informieren; 5,5 Prozent über Optionsscheine und gerade einmal 3,6 Prozent über Anleihen.

Insgesamt verzeichnete Onvista im 1. Halbjahr 2013 knapp 350 Millionen Seitenaufrufe bei rund 55 Millionen Besuchen.

Diese Daten decken sich mit den rund 35.000 Anfragen, die die DSW jährlich erreichen. Etwas über die Hälfte der Anfragen betreffen aktienbezogene Themen.

Quintessenz: Anleger sind heute diversifizierter investiert bzw. informieren sich deutlich breiter als noch vor einigen Jahren.

Gehen wir aber jetzt in die einzelnen Ergebnisse unserer Studie, die Ihnen nun Herr Professor Klose im Detail vorstellen wird.

Viele Dank für Ihre Aufmerksamkeit.